

**08.03.2013**

**Niederschrift**

**Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie**

am 06.02.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:25 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Herr Hartmut Ganzke

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Heike Brossat

Frau Christel Ciecior

Herr Jens Hebebrand

anwesend ab 16.50 Uhr

Herr Jürgen Kerl

abwesend ab 16.50 Uhr

Frau Ursula Lindstedt

anwesend bis 16.35 Uhr

Herr Gerd Oldenburg

Frau Brunhilde Weinhold

anwesend ab 16.35 Uhr

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Frau Eleonore Köth-Feige

Herr Siegfried Pogadl

Herr Klaus-Peter Winkler

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Michael Blandowski

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Michael Wißmann

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert

anwesend bis 17.05 Uhr

Frau Gabriele Wentzek

**Kreistagmitglieder FDP**

Frau Heike Schaumann

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Rainer Seepe

**Kreistagmitglieder DIE LINKE.**

Herr Werner Sell

### **Kreistagmitglieder FWG**

Herr Helmut Stalz

### **Kreistagmitglieder GFL**

Herr Helmut Rosenkranz

### **Gäste**

Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna

### **Verwaltung**

Herr Norbert Diekmännken

Frau Birgit Scholz

Herr Rüdiger Sparbrod

Herr Ganzke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                  |   |
|------------------|---|
| <b>Punkt 1</b>   | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner  |
| <b>Punkt 2</b>   | Jobcenter Kreis Unna  |
| <b>Punkt 2.1</b> | Zielerreichung 2012 "Kommunale Leistungen SGB II"<br>Vorlage: 012/13  |
| <b>Punkt 2.2</b> | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie Zielvereinbarungsprozess 2013 -<br>Mündlicher Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Kreis Unna |
| <b>Punkt 3</b>   | Modellprojekt "Bürgerarbeit";<br>Bilanz 2011/2012 zu den ersparten Kosten der Unterkunft<br>Vorlage: 010/13                                       |
| <b>Punkt 4</b>   | Modellprojekt "öffentlich geförderte Beschäftigung";<br>Kofinanzierung durch den Kreis Unna<br>Vorlage: 011/13                                    |
| <b>Punkt 5</b>   | Bericht zur Situation der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege und zur Eingliederungshilfe Wohnen im Kreis Unna (siehe Drucksache 195/12)  |
| <b>Punkt 6</b>   | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen  |

## Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Jobcenter Kreis Unna**

**Punkt 2.1 Zielerreichung 2012 "Kommunale Leistungen SGB II"  
Vorlage: 012/13**

### Erörterung

Herr Sparbrod erläutert die Drucksache und teilt mit, dass im Rahmen des SGB II ein besseres Jahresergebnis hätte verzeichnet werden können, als es zunächst vermutet worden sei. Es liege insgesamt eine Einsparung von rund 320.000 Euro und gegenüber dem Jahr 2011 eine Verbesserung um 1,5 Millionen Euro vor. Das hieße, dass erstmalig die im Haushalt veranschlagten Kosten zurückgegangen seien.

Auf Nachfrage von Frau Lindstedt führt Herr Sparbrod aus, dass bezüglich der Schulsozialarbeit vor ca. zwei Wochen ein Informationsgespräch mit den Bundestagsabgeordneten, der Koordinierungsstelle, drei Schulsozialarbeiterinnen sowie der Verwaltung stattgefunden hätte. Hierbei sollte deutlich werden, welche Aufgaben wahrgenommen werden und wie wichtig eine weitere Finanzierung der Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket, auch zukünftig, sei. Durch die Verwaltung sei auch der Hinweis gegeben worden, dass nicht nur beim Kreis Unna die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nicht komplett verausgabt würden; dies hinge mit der Antragstellung usw. zusammen. Diese ersparten Mittel, die bundesweit zur Verfügung stünden, könnten auch weiterhin zur Finanzierung der Schulsozialarbeit genutzt werden.

Frau Wentzek teilt mit, dass die Schulsozialarbeit eine wichtige Aufgabe sei und ihrer Meinung nach hier die falschen Signale gesetzt würden. Das Bildungs- und Teilhabepaket hätte einen anderen Hintergrund gehabt, Kinder mit Hartz IV-Bezug sollten mehr Geld bekommen. Ein Hartz IV-Bezug ziehe nicht automatisch auch eine soziale Betreuung nach sich, aber die Schulsozialarbeit sei für Kinder bestimmt, die Betreuung bräuchten. Eine Verknüpfung von Armut und Schulsozialarbeit sei nicht wünschenswert.

Die Drucksache 012/12 - Zielerreichung 2012 „Kommunale Leistungen SGB II“ - wird zur Kenntnis genommen.

## **Punkt 2.2**

### **Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie Zielvereinbarungsprozess 2013 - Mündlicher Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Kreis Unna**

#### Erörterung

Herr Ringelsiep teilt mit, dass sich das Jobcenter zurzeit in einem Zielvereinbarungsprozess befände. In diesem Rahmen hätte der Kreis ein kommunales Ziel vorgegeben. Es seien noch keine Ziele vereinbart worden, aber zurzeit fänden erste Abstimmungsgespräche statt. Vertragspartner seien neben dem Kreis Unna und dem Jobcenter, das Land Nordrhein-Westfalen, die Regionaldirektion der Bundesagentur sowie die Agentur für Arbeit in Hamm. Der regional abgestimmte Text läge bereits beim Ministerium und er erwarte für Ende März/Anfang April eine Entscheidung.

Er führt aus, dass der Entwurf des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes in der heutigen Sitzung vorgestellt und im Beirat erörtert werde. Im Unterausschuss möchte Herr Ringelsiep über das Ergebnis aus dem Beirat berichten und eine formale Beschlusslage erfolge dann abschließend in der Trägerversammlung.

Folgende Schwerpunkte solle es in dem neuen Programm geben:

- Kunden ohne verwertbaren beruflichen Abschluss
- Ausgebildete Kräfte im Handwerk
- Förderung der Bereiche Altenpfleger/innen und Erzieher/innen
- Aktive Arbeitgeberberatung
- 25-30 Jährige sowie 35 Jährige in Gespräche bringen und Umschulungen, Aus- und Fortbildungen anbieten bzw. anregen, zweite Chance auf dem Arbeitsmarkt
- Zielgruppe Jugendliche - Jugendarbeitslosigkeit senken
- Zielgruppe Frauen bzw. Alleinerziehende – Beschäftigung fördern
- Zielgruppe Migranten – Arbeitslosigkeit senken, Problemlagen an verschiedenen Orten lösen

Herr Ringelsiep führt aus, dass insgesamt 12 Prozent weniger Mittel vorlägen. Durch das Land würden voraussichtlich die Produktionsschulen kofinanziert. Und die Bundesagentur habe sich bereit erklärt, den Rest aus SGB III-Mitteln zu finanzieren.

In Bezug auf die „Häuser der Jugend“, es gibt bereits ein erstes in Selm, sei eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie der Bundesagentur erforderlich.

Herr Ringelsiep zieht eine grobe Bilanz und teilt mit, dass 75 Prozent der gesamten Mittel arbeitsmarktintegrativ und 25 Prozent für Problemlagen, für soziale Schwerpunkte, wie zum Beispiel die Tafel, Radstationen, usw., eingesetzt würden.

Auf Nachfrage von Herrn Meyer erörtert Herr Ringelsiep, dass er die betriebliche Umschulung befürworte. Denn wenn diese gut liefere, dann käme eventuell eine Anschlussbeschäftigung in Frage. Hierbei handele es sich um das primäre Ziel. Er strebe Kooperationsvereinbarungen mit den Kammern bzw. der Kreishandwerkerschaft an. Es lägen Angebote vor, die durchaus lukrativ seien und er gehe davon aus, dass jeder der den Abschluss schaffe, im Anschluss mindestens eine einjährige Beschäftigung erhalte.



#### **Punkt 4**

#### **Modellprojekt "öffentlich geförderte Beschäftigung"; Kofinanzierung durch den Kreis Unna Vorlage: 011/13**

##### Erörterung

Herr Diekmännken erläutert die Drucksache.

Herr Ringelsiep erörtert, dass es positiv sei, dass sich der Kreis Unna beteilige. Die Federführung liege allerdings bei der Tochtergesellschaft der AWO.

Auf Nachfrage von Frau Wentzek führt Herr Diekmännken aus, dass die in der Drucksache angeführten vier Träger gemeinsam einen Antrag gestellt hätten und somit gebe es auch nur eine gemeinsame Finanzierung. Es sei auch Wunsch des Landes gewesen, dass nicht einzelne Anträge, sondern ein Antrag im Verbund erfolge.

Herr Ringelsiep ergänzt, dass es im Vorfeld eine Absprache zu den einzelnen Interessen unter den Trägern gegeben habe. Man habe darüber diskutiert, wo es die einzelnen Kompetenzen und Geschäftsfelder gebe. Hieraus sei ein gemeinsamer Antrag entstanden. Er habe für das Jobcenter eine Erklärung abgegeben, dass sich dieses beteilige und welche Kosten es übernehme.

Im Anschluss daran werden Verständnisfragen aus dem Ausschuss beantwortet.

Herr Meyer kritisiert die in der Drucksache angeführte Vorgabe eine Vermittlungsquote von 25 Prozent zu erreichen. Diese Vorgabe sei, im Hinblick auf den gesamten Baukasten der genutzt werden kann, nicht gerade sportlich. Freie Bildungsträger, die entsprechende Pakete von der Arbeitsverwaltung übernehmen würden, mit Personen, die keine multiplen Eingliederungshinderungsgründe hätten, könnten Vermittlungsquoten von 40 Prozent erreichen.

Herr Ringelsiep bezieht sich auf die Aussage von Herrn Meyer und teilt mit, dass er hier keine negativen Aspekte sehe. Der Langzeitbezug solle gesenkt werden; Langzeitbezieher ist, wer von 24 Monaten 21 Monate lang Geld bezöge. Diese Person müsse nicht unbedingt multiple Hemmnisse haben. Die hiesige Region sei in Teilprojekten erfolgreicher als andere gewesen und wenn man die vorgegebenen Ziele leicht erreichen könne, dann solle man sich darüber freuen.

##### Beschluss

Die Durchführung des Projektes öffentlich geförderter Beschäftigung „Soziale JobPerspektive“ und „Quartiersbezogene JobPerspektive“ durch einen Trägerverbund unter Federführung der BILDUNG+LERNEN gGmbH wird begrüßt und durch den Kreis Unna aktiv finanziell und inhaltlich unterstützt.

Der Kreis Unna gewährt aus ersparten Kosten der Unterkunft die teilnehmerbezogenen Sachkosten in Höhe von 13.865,00 € für die Projektlaufzeit und leistet bei erfolgreicher Anschlussbeschäftigung in einem mindestens einjährigen ungeforderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis eine einmalige Prämie in Höhe von 1.500,00 € an den Arbeitgeber.

Eine systematische Verzahnung mit den kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II, wie z.B. Schuldnerberatung oder Kinderbetreuung, ist ausdrücklich gewünscht.

## Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 5** **Bericht zur Situation der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege und zur Eingliederungshilfe Wohnen im Kreis Unna (siehe Drucksache 195/12)**

#### Erörterung

Der Vorsitzende Herr Ganzke teilt mit, dass bereits in Vorgesprächen erörtert worden sei, zu diesem Thema in einer Sondersitzung zu beraten. Die ambulante und stationäre Pflege im Kreis Unna sei so ein wichtiges Thema, dass hierzu ein größerer Zeitrahmen angesetzt werden sollte.

Herr Sparbrod ergänzt diese Aussage dahingehend, dass in einer Sondersitzung zwei weitere Bereiche angesprochen würden. Dabei handele es sich zum Einen um die Beratungslandschaft (Pflegeberatung, Wohnberatung und Psychologische Beratung) und zum Anderen um die Pflegewohngemeinschaften. Der letztgenannte Bereich würde durch das Land immer weiter vorangetrieben. Bei den Pflegewohngemeinschaften handele sich nicht um ein einfaches Thema, auch vor dem Hintergrund des Wohn- und Teilhabegesetzes, also der Heimaufsicht.

Der Ausschuss erklärt sich mit der Anberaumung einer Sondersitzung einverstanden.

### **Punkt 6** **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

#### 1. Übersicht zur Antirassismuarbeit der RAA – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Er teilt mit, dass die heute im Ausschuss verteilte Übersicht lediglich als Information der Ausschussmitglieder diene.

#### 2. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel – Mitteilung von Herrn Sparbrod

Zwischenzeitlich lägen zahlreiche Daten weiterer Wohnungsbaugesellschaften sowie ein Datenabgleich, auch mit dem Jobcenter, vor. Er hoffe, dass innerhalb der nächsten 14 Tage neue Berechnungen vorliegen werden, die insgesamt schlüssig seien. Er schlägt vor, dass danach eine detaillierte Besprechung in einem interfraktionellen Arbeitskreis erfolge, bevor in eine Sitzungsfolge mit Sozialausschuss, Kreisausschuss und Kreistag eingetreten werde. Ziel sei eine Umsetzung dieses Konzeptes zum 01.07.2013 und daher benötige er politische Beteiligung.

#### 3. Kosten der Unterkunft – Mitteilung von Herrn Diekmännken

Er teilt mit, dass das Bundessozialgericht im letzten Jahr die Bedarfsgemeinschaften zusätzlich mit 5 Quadratmetern Wohnungsgröße bedacht hätte. Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) hätte seine Rechtsauffassung übermittelt. Demnach seien selbst bestandskräftige Bescheide von Amts wegen rückwirkend zu überprüfen und gegebenenfalls Nachzahlungen zu leisten. Hier habe sich der Kreis zunächst geweigert, zumal auch der Landkreistag eine Empfehlung gegeben hätte. Viele andere Kreise und kreisfreie Städte hätten ebenfalls keine sofortige Umsetzung geleistet. Aus einem neuen Erlass vom 06.12.2012 gehe hervor, dass das MAIS ausdrücklich eine Beachtung und Umsetzung der dortigen Rechtsauffassung erwarte. Dieser Erlass habe für den Kreis Weisungscharakter, hier handele es sich um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung.

Im Einzelnen bedeute dies, dass nach Angabe des Jobcenters 3.040 Fälle der 20.000 Bedarfsgemeinschaften betroffen sein könnten, weil dort Mieten gekürzt worden seien. Es handele sich hierbei, auch für die Mitarbeiter im Jobcenter, um eine sehr zeitintensive Aufgabe. Nun werde eine Rückrechnung auf den 01.01.2012 erfolgen und dies könnte eine zusätzliche Summe von 1 Million bis 1,5 Millionen bedeuten. Hierbei handele es sich zunächst um Spekulationen. Daher sei mit dem Jobcenter sowie den Kommunen vereinbart worden, die Fälle zu dokumentieren und in jedem Einzelfall die Mehrkosten zu ermitteln. Im Ausschuss werde dann ein entsprechender Bericht erfolgen, zu welchen Mehrkosten es tatsächlich geführt hätte.

Auf Nachfrage von Frau Schaumann teilt Herr Diekmännken mit, dass die Kommune ein halbes Jahr lang die Mehrkosten tragen müsse, der Mieter hätte ein halbes Jahr Zeit, um die angemessenen Kosten zu senken.

Abschließend beantworten Herr Sparbrod sowie Herr Diekmännken eine Verständnisfrage aus dem Ausschuss.

Weitere Mitteilungen und Anfragen ergeben sich nicht.

#### Anlagen

Übersicht Frühindikatoren

gez. Hartmut Ganzke  
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin